

## Neuer Konflikt zwischen Staat und Kirche in Paraguay

Der seit zwei Jahren schwelende Konflikt zwischen dem katholischen Episkopat und dem paraguayischen Militärregime des deutschstämmigen Generals Strössner, über den wir bereits zweimal berichtet haben (vgl. Herder-Korrespondenz 23. Jhg., S. 457 und 24. Jhg., S. 322 ff.), hat sich nach einer kurzen Zeit der Entspannung in den letzten Monaten von neuem zugespitzt. Signalisiert wird die neue Verschärfung der Beziehungen durch zwei im buchstäblichen Sinne peinliche Vorgänge, über die allerdings in der deutschen Presse kaum berichtet wurde: Beim ersten Vorfall handelte es sich um die Entführung eines bekannten ausländischen Geistlichen durch die paraguayische Polizei; im zweiten Fall wurde ein ebenfalls ausländischer Bischof von Anhängern Strössners tödlich angegriffen. Der Vorfall mit dem Geistlichen ereignete sich am 27. Februar, als der Priester *Uberfil Monzón* in Asunción plötzlich vermißt wurde. Der Vermißte war dem anonymen Anruf einer Frau gefolgt, die dringend seine Hilfe erbat, und war von dem vereinbarten Treffpunkt nicht mehr zurückgekehrt. Drei Tage lang bestritten das Polizeipräsidium und das Innenministerium entschieden, vom Verbleib des Geistlichen etwas zu wissen. Erst am 2. März gab Innenminister *S. Montanaro* bekannt, der Geistliche sei unter dem Verdacht, in Verbindung mit den uruguayischen Tupamaros zu stehen, inhaftiert worden. Den kirchlichen Vorgesetzten wurde jede Kontaktaufnahme mit ihm untersagt. Am 10. März legte das Polizeipräsidium ein Tonbandverhör vor, nach dem Monzón gestanden habe, mit den Tupamaros in Verbindung zu stehen. Von kirchlicher Seite wurde dem strikt widersprochen und erklärt, der Geistliche sei von der Polizei mißhandelt worden.

### Vergebliche Proteste

In Briefen an den Innenminister, den Staatspräsidenten und in einem Kommuniqué widerlegte sein kirchlicher Vorgesetzter, Bischof Bogarín, alle Anklagepunkte, die gegen Monzón vorgebracht worden waren: „Abgesehen von ihrer Haltlosigkeit

in sich, sind die vorgetragenen Anklagepunkte längst durch die uruguayischen Behörden widerlegt. Das polizeiliche Führungszeugnis des Priesters ist absolut fleckenlos. Jede gegenteilige Behauptung, und sollte sie vom Verhafteten selbst abgegeben werden, muß als frei erfunden und bar jeder Glaubwürdigkeit von vornherein zurückgewiesen werden.“ Das zu den angeblichen Verbindungen zwischen Monzón und der uruguayischen Revolutionsfront, den Tupamaros. Zum zweiten Punkt, den das Innenministerium als „Beweis“ für die subversive Arbeit von Monzón anführte — er habe ein Dokument unterzeichnet, in dem die lateinamerikanischen Bischöfe gebeten würden, „den Wunsch des Volkes zu unterstützen, sich mit Waffengewalt den Aufbau einer besseren Welt zu erkämpfen“ —, erklärte Bischof Bogarín: „Das kann nicht wahr sein, ganz einfach, weil es ein solches Dokument nicht gibt. Es ist am Innenministerium, den Nachweis der Existenz dieses angeblichen Dokumentes zu erbringen.“ Und zum dritten Punkt der Anklage vermerkt Bischof Bogarín: „Es ist weder in der Kirche noch außerhalb ein strafwürdiges Vergehen, der sogenannten ‚Priesterbewegung für die Dritte Welt‘ anzugehören, denn es handelt sich hierbei um einen offenen Zusammenschluß von Priestern, die für den sozialen Wandel arbeiten. Nur ist es kaum möglich, daß P. Monzón dieser Bewegung angehört, weil sie in Argentinien arbeitet und unseres Wissens in Uruguay noch nicht verbreitet ist.“

Vier Wochen später wurde Monzón „freigelassen“, d. h. ohne Kommentar und ohne Kommunikationsmöglichkeiten nach Uruguay abgeschoben. In Montevideo beteuerte er, sein Geständnis sei erpreßt worden. Nicht nur die mysteriösen Umstände der Inhaftierung erregten Aufsehen; bei dem Inhaftierten handelte es sich immerhin um einen Geistlichen von Rang, der seine Tätigkeit als Beauftragter einer übernationalen kirchlichen Organisation in Asunción ausübte. Monzón, Priester der Erzdiözese Montevideo, war Anfang Dezember 1970 zum Sekretär der CELAM-Kommission für das Laien-

apostolat ernannt worden. Zu dieser Kommission gehören elf Bischöfe. Ihr Vorsitzender ist der paraguayische Bischof von San Juan Bautista de las Misiones, *R. Bogarín*. Bogarín ist zugleich Vorsitzender der paraguayischen Bischofskonferenz und mit seinen Mitbischöfen *F. S. Benitez* (Villarica) und *I. Rolón*, dem neuen Erzbischof von Asunción, als kirchlicher Gegner des Strössner-Regimes bekannt. Die Kommissionsbüros der CELAM-Kommission sind immer in den Hauptstädten der Länder untergebracht, in denen der Vorsitzende residiert. Deswegen war Monzón Mitte Januar nach Asunción übersiedelt.

### Bischof niedergeschlagen

Noch peinlicher war der zweite Zwischenfall. Am 8. März reisten der Weihbischof *A. Rubio* von Montevideo und ein Mitglied des Priesterrats dieser Diözese nach Asunción, um an der Aufklärung des Falles Monzón mitzuwirken. Bei der Landung in Asunción wurde der Weihbischof von Anhängern Strössners tödlich angegriffen. Einem Protestkommuniqué des Erzbischofs von Asunción konnte man folgendes entnehmen:

„Als die Maschine gerade zur Landung ansetzte, wurde plötzlich eine Gruppe von Männern und Frauen, in Zivil gekleidet, diskret gelenkt von einem uniformierten Polizeileutnant, auf die Rollbahn geführt. Sie bezogen an der Gangway der gelandeten Maschine Stellung. Als Bischof Rubio erschien, ergoß sich über ihn eine Kanonade von wüsten Beschimpfungen, Eiern und Tomaten... Dann kreisten die Wortführerinnen der Frauengruppe den Weihbischof von Montevideo ein, schlugen auf ihn ein, bis ihm das Gesicht blutete, rissen ihm die Brille weg, sein Bischofskreuz und die Soutane. Während sie ihn zu Boden boxten, schrien sie immerfort: ‚Wir wollen keine Tupamaros, wir wollen Strössner...‘ Die Verletzungen, die Bischof Rubio erlitt, waren so schwer, daß er in ein Krankenhaus gebracht werden mußte.“

In seinem Bericht, mit dem Erzbischof Rolón „die traurige Pflicht erfüllt“, das Volk zu informieren, wie die „geheiligtsten Traditionen unserer Nation“ (Gastfreundschaft und Achtung der internationalen

Institutionen) mit „Schmach und Blut besudelt wurden“, wird die Polizei beschuldigt, diesen Überfall auf Rubio organisiert zu haben. Das Innenministerium verweigerte jeden Kommentar zu den Vorfällen am Flughafen. Auch eine diplomatische Floskel des Bedauerns oder gar der Entschuldigung blieb aus. Statt dessen legte das Polizeipräsidium von Asunción zwei Tage später, am 10. März, ein Tonbandverhör mit Überfil Monzón vor. Danach hatte der Priester gestanden, Mitglied der Tupamaros zu sein. Die Echtheit des „Geständnisses“ wurde von den kirchlichen Autoritäten in Asunción und Montevideo sofort bestritten. Besuche des Inhaftierten oder Rechtsbeistand wurden weiterhin verweigert. Bischof Rubio kehrte am 13. März unverrichteter Dinge nach Montevideo zurück. Er erklärte auf einer Pressekonferenz und in einem schriftlichen Bericht über seine Mission, den auch der Erzbischof von Montevideo, *Carlos Parteli*, unterzeichnete und der allen Pfarreien des Bistums zugestellt wurde: „P. Monzón wurde mit Foltern und Drogen in einen Zustand versetzt, in dem er alles zu sagen bereit war, was die Polizei von ihm verlangte.“ (Noticias aliadas, 17. 3. 71.) Er könne seine Informanten nicht nennen, habe aber nicht den geringsten Anlaß, an der Glaubwürdigkeit ihrer Aussagen zu zweifeln. Der Gesundheitszustand Monzóns sei wegen einer schweren Wirbelsäulenschädigung äußerst prekär.

Scham und Ohnmacht charakterisieren derzeit in Paraguay die kirchlichen Proteste und Hirtenbriefe. So klagten Bischof Benítez und sein Priesterrat in einem Schreiben an ihre Gemeinden, datiert vom 12. 3. 1971: „Wir sind voller Scham. Der Herr hat gesagt: An ihren Früchten sollt ihr sie erkennen. Wo sind die menschlichen und christlichen Tugenden unseres Volkes geblieben? Wo sind die Reste zivilisierten Verhaltens? Sind wir noch Christen? Ein Volk, das in seiner Mehrheit zur katholischen Kirche gehört, in einem Glauben geboren und erzogen ist zur Liebe, zur Hoffnung, dieses Volk duldet, daß man ihm den größten Reichtum raubt, den es besitzt... Die Lage ist nun klar. Es gibt keinen Zweifel mehr: Die Kirche wird in unserem Vaterland verfolgt. Glaubt nicht denen, die behaupten, es han-

dele sich hierbei um politische Angelegenheiten oder um ein paar revolutionäre Bischöfe und Priester. Mit solchen Argumentationen kann keiner mehr getäuscht werden, der sein christliches Gewissen ernsthaft überprüft. Die Zeit ist reif, daß wir frei, furchtlos und ohne Abstriche unsere Christenpflicht erfüllen und mit aller Kraft gegen den Dauerzustand der sozialen Schuld angehen. Wer nicht dazu bereit ist, schließt sich selbst aus der Gemeinschaft der Gläubigen aus. Er ist kein wahrer Katholik.“

### *Zehn unerfüllte Forderungen*

Eine erste Folge dieser beiden Vorfälle war, daß der paraguayische Innenminister ein zweites Mal die Kirche verlassen mußte. Das erste Mal war er im Oktober 1969 exkommuniziert worden. Damals traf ihn die Kirchenstrafe wegen polizeilicher Übergriffe im Provinzhaus der Jesuiten, in mehreren katholischen Schulen und bei Gottesdiensten. Nach dem Versprechen, dafür zu sorgen, daß sich ähnliche Vorfälle nicht wiederholen würden, wurde die Exkommunikation aufgehoben. Im Februar 1970 waren sogar neue Gespräche über einen modus vivendi zwischen der Bischofskonferenz und der Regierung im Gange. Die Bischöfe hatten damals zehn Verhandlungsziele formuliert:

1. Ständiger Dialog zwischen Regierung und Kirchenführung auf einer fruchtbaren Ebene;
2. ordentliche Prozesse für die rund 130 politischen Häftlinge im Land;
3. Pressefreiheit und Wiederzulassung der katholischen Wochenzeitung „Comunidad“;
4. Rückkehr der ausgewiesenen Jesuiten *Oliva* (Chefredakteur von „Comunidad“) und *Ramallo* (Leiter des Institutes für Sozialforschung und Sozialarbeit);
5. Änderungen in der Handhabung des Gesetzes Nr. 863 oder — sollte das nicht möglich sein — seine Aufhebung. (Das betreffende Gesetz, im Juni 1963 verabschiedet, erkennt die staatstragende Rolle der Kirche an, sichert ihr Vorzüge — vor allem steuerliche — und bindet sie gleichzeitig an das Regime);
6. volle Freiheit für die Arbeit der Kirche;
7. Freiheit für die katholischen Laienorganisationen;
8. Einstellung aller Verfolgungen der christlichen Führungskräfte, speziell der Bauernführer;

9. Rückkehr der ohne Urteile in Konzentrationslager Deportierten (in der Namensliste erscheinen die drei Ex-Präsidenten der Christdemokratischen Partei, der Referent für Jugendbildung in den christlichen Gewerkschaften Paraguays, der Chefredakteur der katholischen Bauernzeitung „El Campesino Paraguayo“);
10. Aufhebung der Restriktionen, denen die Cariatsarbeit weiterhin unterliegt. — Bisher wurde keine dieser Forderungen erfüllt.

Wieweit die Spannungen zwischen Kirche und Regime gediehen sind, hatte bereits die Stellungnahme der Bischofskonferenz, die sie am Schluß ihrer 53. Plenarversammlung am 18. Dezember 1970 veröffentlichte, gezeigt. Darin heißt es:

„Das fortwährende Streben unseres Volkes nach wirklichem Frieden, nach Solidarität und Gerechtigkeit wird durch ein ausgedehntes Klima der Angst, Unsicherheit, des Mißtrauens bis hin zu Verfolgungen paralytisiert und frustriert. In einem Land wie dem unseren, das sich christlich nennt, wird offen und dauernd gegen die wesentlichen Prinzipien des Christentums verstoßen. Immer wieder haben wir um ordentliche Prozesse für die politischen Häftlinge gebeten, die Folterungen von Gefangenen in einigen Polizeidepartementen angezeigt. Wir fügen der Liste des Unrechts wiederum hinzu: die ungerechte Diskriminierung von Staatsbürgern, die nicht der Regierungspartei angehören und nur deshalb keine Anstellung in Behörden und anderen öffentlichen Ämtern finden; die Emigration, zu der immer mehr Akademiker, Arbeiter und Bauern gezwungen sind, weil es in ihrem eigenen Land für sie weder Arbeit noch Sicherheit, noch Zukunftschancen gibt; der ungeheuer große Landbesitz einiger weniger mächtiger Familien, während die Masse der Bauern nicht über das unerläßliche Minimum an Land verfügt, das für ein menschenwürdiges Leben notwendig ist... Und wie schon im Vorjahr bleibt anzuklagen der völlig ungerechtfertigte Abbau der Meinungsfreiheit. In Presse, Rundfunk und Fernsehen hat heute der Staat das Monopol... Die Vermassung des Volkes wird systematisch vorangetrieben, und systematisch wird unterbunden, daß es sich seiner Rechte bewußt wird. Man will es in einem vermeintlichen Frieden einschlafen.“

Ein erschreckend ausgedehnter Polizeiapparat verbreitet Angst und Mißtrauen und legt die vitalen Kräfte des Volkes lahm. Ganz planmäßig werden alle Gruppen, die den sozialen Ausgleich erstreben, liquidiert, besonders die der Jugend, Gruppen, die Reserven und Kraftquellen eines Volkes sind. Dem allen ist die immer alarmierendere Korruption in der öffentlichen Verwaltung hinzuzufügen, Schmuggel und Bestechung, Praktiken, die dem einfachen Volk zum Vorbild dienen... Die Kirche hat in den letzten Jahren aufgedeckt, publiziert, Einsicht zu wecken versucht. Der Erfolg ist gleich Null. Statt dessen wird ihre Handlungsfreiheit immer mehr eingeschränkt, in der Volksbildung, in der Pressearbeit, in der Sozialaktion... Und die ständige Hetzkampagne gegen Bischöfe und Priester hat kein anderes Ziel, als zwischen das Volk und seine rechtmäßigen Seelsorger einen Keil zu treiben... Wir sind tief enttäuscht, daß unsere Bemühungen um einen fruchtbaren Dialog mit den höchsten Staatsrepräsentanten nicht das erwartete Echo fanden... Aber wir geben die Hoffnung nicht auf..." (vgl. NADOC, 8. 3. 71).  
Zum Weihnachtsfest und Jahreswechsel 1971 verweigerte dann der

neue Erzbischof von Asunción, gemeinsam mit General Strössner die traditionelle Weihnachtsbotschaft über Funk und Fernsehen an das Volk zu richten und an den Feierlichkeiten im Palast des Staatspräsidenten teilzunehmen. Die feierliche Aufnahme in den Staatsrat, dem der Erzbischof der Hauptstadt kraft Amtes angehört, lehnte Rolón Ende Januar nicht ab. Doch blieb am 4. Februar in der ersten Sitzung, zu der er hätte erscheinen müssen, sein Stuhl leer. Es wurde ein Schreiben verlesen, in dem Rolón mitteilt, er werde erst an den Staatsratssitzungen teilnehmen, wenn die Grundforderungen der Kirchenleitung angehört worden sind und ernsthaft an ihrer Erfüllung gearbeitet wird. „In der gegenwärtigen Situation würde meine Anwesenheit im Staatsrat vom Volk als Anerkennung des heutigen Standes der Dinge interpretiert werden müssen und als volle Zustimmung zu allem, was in diesem Gremium beschlossen wird“ (vgl. *Noticias aliadas*, 20. 2. 71).  
Überdies vermerkte Rolón in seinem Schreiben an den Staatspräsidenten, wie sehr der Kirche daran gelegen sei, die Verfassung zu ändern, die den Erzbischof von Asunción zum geborenen Mitglied des Staatsrates mache, und wie ausdrücklich sie die

Verfassungsgebende Nationalversammlung ersucht habe, das Amt wenigstens an einen Laien delegieren zu können. Denn das gewandelte Kirchenverständnis lasse keine konstitutionelle Bindung der Kirche an welches Regime auch immer zu.  
Paraguay übt die extreme Probe aufs Exempel der Glaubwürdigkeit einer Kirche, die sich vor zweieinhalb Jahren öffentlich und mit weltweiter Publizität in Medellín verpflichtete, im Wortsinn „Kirche der Armen“ zu werden. Der Vatikan hat sie dabei bislang bis hin zu unerwünschten Bischofsnennungen unterstützt. Eine weniger glückliche Hand bewies im Vorjahr das Auswärtige Amt der Bundesrepublik mit der Abberufung ihres Botschafters *H. Krier* aus Asunción. Er hatte ein hohes Maß an Verständnis für die Haltung der Kirche aufgebracht und war dafür im März 1970 mit dem Ehrendoktor der Katholischen Universität von Paraguay ausgezeichnet worden. Sein Nachfolger war bald mit der zweckdienlichen Erklärung zur Hand, es gäbe in Paraguay keinerlei Kirchenverfolgung. Das Gegenteil sei wahr: die Kirche bedränge die Regierung. Dies registrierte nicht nur die lateinamerikanische Katholische Nachrichtenagentur mit Befremden.

## Vorgänge und Entwicklungen

### *Kirchliche Bildungspolitik zwischen Kritik und Alternative*

#### Katholische Stellungnahmen zum Strukturplan des Deutschen Bildungsrates

Am 13. Februar 1970 wurden von der Bildungskommission des Deutschen Bildungsrates die in einer vierjährigen Arbeitsperiode erarbeiteten „Empfehlungen“ verabschiedet, in denen ein Strukturplan vorgelegt wurde, der eine tiefgreifende Reform des gesamten Bildungswesens innerhalb der kommenden zehn Jahre vorsieht. Die Bedeutung dieser „Empfehlungen“ darf nicht unterschätzt werden, da auf ihrer Grundlage in einer am 24. Juni 1970 einberufenen „Bund-Länder-Kommission“ (nach neuesten Planungen) bis Ende 1971 das „Bildungsbudget“ und der „Gesamtbildungsplan“ erstellt werden sollen, die das bildungspolitische Programm der nächsten Jahre festlegen. Die hieraus erwachsende Wahrscheinlichkeit einer baldigen Realisierung wichtiger Elemente des Strukturplans löste eine lebhafte Diskussion in verschiedenen katholischen Gremien aus. Mit dem Erscheinen des Strukturplans in Buchform im Juni 1970 (Klett-Verlag, Stuttgart) konnte eine intensivere Auseinandersetzung mit dem Text beginnen, die zu mehreren öffentlichen Stellungnahmen von katholischer Seite geführt hat.

Ein inhaltlicher Gesamtüberblick über den Strukturplan soll an dieser Stelle nicht gegeben werden, da dies bereits im Detail geschehen ist (vgl. Herder-Korrespondenz 24. Jhg., S. 333—340). Vielmehr sind einzelne Aspekte des Strukturplans, von denen die Kritik der katholischen Gremien ausgeht, an Hand von vorliegenden Stellungnahmen näher zu behandeln.

Aus der Gesamtheit der vorliegenden katholischen Stellungnahmen geht zunächst eine *generelle Zustimmung* zu dem ihm zugrunde liegenden Versuch einer Neuplanung des Bildungswesens hervor, durch welchen der Anschluß des deutschen Bildungswesens an die internationalen Erfahrungen und Fortschritte angestrebt wird. Begrüßt wird innerhalb des neukonzipierten bildungspolitischen Programms insbesondere die angestrebte Gleichheit der Bildungschancen für alle, die Individualisierung des Lernens, die Gesellschaftsbezogenheit des Plans, die Demokratisierung des Bildungswesens sowie die Schwerpunktsetzung des Programmes auf die Curriculum-Forschung.